

PRESSEINFORMATION

Bremen, 22. Juni 2020

Über die Gefahren von K.O.-Mitteln aufklären

Ärzttekammer spendet für Präventionskampagne der Beratungsstelle notruf

Mit 1.000 Euro hat die Ärztekammer Bremen nun die Anti-K.O.-Mittel-Präventionskampagne der psychologischen Beratungsstelle notruf bremen unterstützt. Zu einem Austausch über die Kampagne trafen sich jetzt Dr. Heidrun Gitter, die Präsidentin der Ärztekammer, Dr. Sabine Gaiser, 1. Vorsitzende von notruf, sowie Sonja Schenk aus der notruf-Geschäftsstelle. Die psychologische Beratungsstelle berät und unterstützt seit 1979 Opfer sexueller Gewalt und finanziert ihre Arbeit zu einem großen Teil über Spenden.

Mit der Kampagne „Alles unter K.O.ntrolle!?“ macht notruf auf Grenzverletzungen und Gewaltausübung unter Verwendung von K.O.-Mitteln aufmerksam. Ziel ist Aufklärung, Sensibilisierung und Bewusstmachung der Gefahren. „Die Wirkung von K.O.-Mitteln ist – besonders in Kombination mit Alkohol oder Drogen – unkalkulierbar und lebensgefährlich“, sagte Heidrun Gitter. „Es ist daher wichtig, über diese Gefahren zu informieren und aufzuklären. Dazu tragen wir mit unserer Spende gerne bei.“

Mit der Spende der Ärztekammer möchte notruf nun Infoplakate und Postkarten zur Auslage in Kneipen und Restaurants finanzieren. Außerdem bietet notruf Vorträge für Schulklassen, Fachkräfte und andere Interessierte über die Gefahren von K.O.-Mitteln an. Auch diese Vorträge werden durch Spenden gegenfinanziert. „Wir sind in den letzten Jahren in der Beratungsstelle gehäuft mit Frauen und Männern konfrontiert, die durch K.O.-Mittel wehrlos gemacht und ausgeraubt oder vergewaltigt wurden“, sagte Sabine Gaiser. „Mit der Spende der Ärztekammer können wir wichtige Aufklärungsarbeit leisten und zukünftige Taten hoffentlich verhindern.“

Die Ärztekammer Bremen unterstützt aus ihrem Spendenfonds regelmäßig Projekte in der Region. Den Fonds füllen Ärztinnen und Ärzte, die ihre Aufwandsentschädigungen für Prüfungen spenden. Der Spendenfonds wird für soziale Maßnahmen verwendet, die aus dem regulären Kammerhaushalt nicht finanziert werden dürfen.